



EXTRA

Ver- und Entsorgung • Februar 2007

ENERGIEWIRTSCHAFT · WASSERWIRTSCHAFT · ABFALLWIRTSCHAFT · BERGBAU

ver.di setzt sich ein

- für die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Energiewirtschaft
- für den Erhalt und Ausbau der Versorgungsnetze
- gegen Preisregulierung und eine Anreizregulierung, die die Netzbetreiber stranguliert
- für sichere Rahmenbedingungen für den Bau moderner und klimaverträglicher Kraftwerke
- gegen unfaire Behandlung deutscher Kraftwerke beim Emissionshandel
- für den Erhalt integrierter Energieunternehmen
- gegen den Zwangsverkauf der Netze
- für einen gesicherten kommunalen Querverbund zur Finanzierung des ÖPNV, der Bäder etc.
- gegen das Ausbluten der Kommunen



25 000 Beschäftigte der Energiewirtschaft kamen zur ver.di-Kundgebung.

FOTOS: KAY HERSCHELMANN

Energiestandort Deutschland erhalten

25 000 Beschäftigte bei Kundgebung in Berlin – Bsirske: „Das ist ein Signal“

Ob aus dem hohen Norden oder aus Passau, aus Chemnitz oder Saarbrücken – aus ganz Deutschland reisten die Kolleginnen und Kollegen am 7. Februar zur ver.di-Kundgebung nach Berlin. „Das ist ein Signal“, rief der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Potsdamer Platz zu: Ein Signal, das zeige, wie sehr die Beschäftigten die Zukunft der Energiewirtschaft in Deutschland umtreibe.

Diese Demonstration verdeutlicht nach Bsirskes Worten aber auch die Handlungsbereitschaft der Beschäftigten in der Energiewirtschaft. An die Unternehmen und an die Politik gerichtet sagte der Bundesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung Erhard Ott: „ver.di ist bereit und in der Lage, für den Erhalt des Energiestandortes Deutschland und den Erhalt sozialer Standards in der Energieversorgung zu kämpfen.“ Die Kundgebung sei nur „der Auftakt“.

In den kommenden Wochen sind in verschiedenen Bundesländern weitere Aktionen geplant, mit denen die Politik für die Fehlentwicklungen sensibilisiert werden soll. So wollen die Beschäftigten der Energieunternehmen am 8. März vor dem Düsseldorfer Landtag demonstrieren, in anderen Landesbezirken wollen die Kolleginnen und Kollegen mit verschiedenen Aktionen die Landes- und Bundes-

politiker auf ihr Anliegen aufmerksam machen.

Nicht nur ver.di-Vertreter und Betriebsräte machten sich bei der ver.di-Kundgebung dafür stark, dass die Bundes-, Landes- und die EU-Politik die richtigen Weichen stellt. Auch der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder und der Wuppertaler Kämmerer Johannes Slawig forderten eine Abkehr von der „überzogenen Regulierung“. Von der derzeit geplanten Anreizregulierung und der von der EU geforderten Entflechtung seien vor allem Stadtwerke betroffen. Widder und Slawig sehen die Existenz der Stadtwerke bedroht.

„Wir wollen die heimische Energieversorgung erhalten“, betonte ver.di-Vorstandsmitglied Ott vor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kundgebung in Berlin. Durch die geplanten Regelungen zur Anreizregulierung und die EU-Vorgaben zur Emis-

sionsminderung seien viele Arbeitsplätze in der Energieversorgung in Deutschland in Gefahr. Ott verwies auf die von der EU geforderte eigentumsrechtliche Entflechtung von Ener-



gieerzeugung und Verkauf. Die gesellschaftsrechtliche Entflechtung sei noch nicht eingeführt, da fordere die EU schon den Verkauf der Netze, was „den Tod der Stadtwerke bedeutet“. Er fügte unter großem Beifall hinzu: „Wir werden dafür kämpfen, dass die Netzregulierung das nicht schafft.“

Es gehe ver.di, den Beschäftigten und den Städten nicht darum, die Netzregulierung zu verhindern, betonten Redner bei der Kundgebung. Die Regulierung dürfe aber nicht nur die Senkung der Kosten im Blick haben. Es müsse auch um Versorgungssicherheit, um die Qualität und die sozialen Standards der Beschäftigten gehen. Die Anreize, die die Bundesregierung setzen wolle, zielten aber ausschließlich auf eine Verminderung der Kosten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung befürchteten, dass die Ergebnisse der Regulierung „einfach auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden könnten“, sagte Bsirske und fügte hinzu: „Wer dies glaubt, wird auf unseren Widerstand treffen.“

Die Vertreter der Kommunen, Widder und Slawig, beschrieben die möglichen Folgen der Regulierung der Netzentgelte und eines Zwangsverkaufes

der Netze. Aus den Erlösen der Stadtwerke würden viele Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge bezahlt. Wenn aber die Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr, die Bäder, die Kitas oder die Theater fehlten, blieben den Kommunen nur zwei Möglichkeiten – die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse zu bitten oder die Angebote drastisch zu reduzieren. Die Forderung der Städte lautet deshalb: Die Stadtwerke müssen erhalten bleiben, die Quersubventionierung muss weiterhin möglich sein.

Bsirske verwies auch auf den Bericht der Vereinten Nationen zum Klimawandel und skizzierte vor den Kundgebungsteilnehmerinnen und Teilnehmern, wie die Stärkung der Energiewirtschaft in Deutschland aussehen müsse: ver.di dringt darauf, den heimischen Energieträgern den Vorrang einzuräumen.

Außerdem müsste die Energie so effizient wie möglich eingesetzt werden und noch stärker als bisher auf umweltschonende sowie erneuerbare Energien gesetzt werden. „Die Energiewirtschaft muss nachhaltig sein. Sie muss ebenso anspruchsvollen ökologischen Maßstäben genügen wie sozialen und ökonomischen Kriterien gerecht werden.“

„Sorgfalt vor Schnelligkeit“

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Erhard Ott: Scharfe Anreizregulierung gefährdet unzählige Arbeitsplätze

ver.di stemmt sich nicht gegen eine Anreizregulierung. ver.di will aber verhindern, dass der Schaden, der durch die Regulierung entsteht, weit größer ist als der Nutzen. „Sorgfalt statt Schnelligkeit“, fordert Erhard Ott, ver.di-Bundesvorstandsmitglied und Leiter des Bundesfachbereichs Ver- und Entsorgung.

Was passiert, wenn die Politik die Weichenstellung nicht korrigiert?

Ott | Wenn es so weitergeht, wie es auf den Weg gebracht wurde, dann stehen uns allen gravierende Veränderungen bevor. Wenn die Anreizregulierung so umgesetzt wird, wie sie derzeit geplant ist, dann ist die Existenz der Stadtwerke in Gefahr, dann ist auch die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet. Und: Dann geht es an die Arbeitsplätze.

Warum gefährdet eine scharfe Anreizregulierung die Versorgungssicherheit?

Ott | Weil bei der Anreizregulierung der Qualität der Versorgung bisher keine entscheidende Rolle zukommt. Die Netzregulierung muss aber gewährleisten, dass die Unternehmen in den Ausbau und die Modernisierung der Netze investieren. Deshalb müssen die Regulierer die Qualität der Versorgung großschreiben. Außerdem müssen die Unternehmen auch in Zukunft noch Erträge erwirtschaften können.

Aber gerade die Energieunternehmen verdienen doch ganz gut.

Ott | Sicher, derzeit sind die Erträge der Unternehmen kommod. Eine scharfe Netzregulierung würde diese Situation abrupt ändern. Was einerseits zur Folge hätte, dass eben nicht mehr genug in die Modernisierung und den Ausbau der Netze investiert wird. Andererseits werden die Unternehmen versuchen, die niedrigeren Erträge durch erhebliche Einsparungen bei den Beschäftigten zu kompensieren. Erste Schritte in diese Richtung erleben wir schon.

Die Politik verspricht sich von der Netzregulierung niedrigere Energiekosten für die Wirtschaft und die Bevölkerung.

Ott | Nur ein Drittel der Strompreise geht auf die Nutzungsentgelte zurück. Wenn die Nutzungsentgelte um 10 bis 15 Prozent sinken, dann muss ein Durchschnittshaushalt 3,50 Euro im Monat weniger bezahlen. Demgegenüber steht der volkswirtschaftliche



Erhard Ott, ver.di-Bundesvorstandsmitglied.

Schaden, der durch eine scharfe Anreizregulierung entstehen würde – Arbeitsplätze gehen verloren, Netze werden nicht oder zu wenig modernisiert.

Warum sind die Stadtwerke betroffen?

Ott | Neben der Regulierung geht es dabei auch um die Trennung zwischen dem Erzeuger der Energie, den Netzen und den Verkäufern. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz waren die Unternehmen verpflichtet, die Netze rechtlich von den anderen Unternehmensteilen abzusplitten. Deshalb wurden Tochterunternehmen gegründet. Die EU will nun, dass die Netze nicht nur gesellschaftsrechtlich und organisatorisch, sondern auch eigentumsrechtlich getrennt, das heißt verkauft werden. Diese Netze würden höchstwahrscheinlich an Unternehmen und Finanzinvestoren verkauft werden, die vor allem die Rendite im Blick haben. Das aber hat Folgen – eben auch für die Stadtwerke. Nach einem Herauslösen und Verkauf der Netze wären diese oft zu klein, um überlebensfähig zu sein.

In Großbritannien gelten die Netze als marode.

Ott | Eben. Weil aufgrund der Netzregulierung mit einem Malus-Bonus-System nicht oder nicht genügend Geld

in die Modernisierung der Netze gesteckt wurde. Deshalb ist die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet. Fehlende Investitionen waren der Grund dafür, dass im Oktober vor zwei Jahren Großbritannien gravierende Probleme mit der Versorgung hatte, dass die Wirtschaft und die Bevölkerung mehrfach ohne Strom dastanden.

Aber über die Stadtwerke sind auch die Städte betroffen: Denn mit den Erlösen aus den Stadtwerken finanzieren die Kommunen kommunale Aufgaben – ÖPNV, Theater ebenso wie Schwimmbäder oder Frauenhäuser oder andere Einrichtungen der kom-

munalen Infrastruktur. Wenn das Geld nicht mehr fließt, müssen sich auch diese Einrichtungen auf deutliche Einschnitte einstellen. Teilweise ist ihre Existenz gefährdet. Und das für eine Einsparung bei den Strompreisen von etwa 3,50 Euro pro Haushalt und Monat. Schaden und Nutzen stehen für den Verbraucher in keinem Verhältnis.

Was will ver.di?

Ott | Wir sperren uns nicht gegen die Regulierung. Im Gegenteil, auch wir wollen den diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen für alle Strom- und Gasanbieter. Das Augenmerk muss dabei aber auf Qualität der Netze liegen. Es nützt weder der Wirtschaft noch den Verbrauchern, wenn ihr Strom oder ihr Gas laut Vertrag zwar billig ist, sie aber nicht sicher sein können, dass überhaupt Strom aus der Steckdose kommt oder Gas strömt, wenn sie es brauchen. Und: Die Preisgestaltung für die Nutzung der Netze muss wesentlich transparenter und nachvollziehbarer werden, als sie es derzeit sind. Heutzutage versteht kein Kunde, wie sich diese Preise zusammensetzen.

Personalkosten sollen bei den Nutzungsentgelten nicht verhandelbar sein.

Ott | Allerdings. ver.di besteht darauf, dass Personalkosten ein durch die Bundesnetzagentur nicht beeinflussbarer Teil der Nutzungsentgelte sind. Denn wenn Personalkosten einbezogen werden, dann kann die Netzentgelte in die Tarife der Beschäftigten eingreifen – zum Beispiel bei der betrieblichen Altersvorsorge. Das kann nicht sein. Es gibt zudem bei der Energiewirtschaft unterschiedliche Tarifverträge. Wenn die Netzentgelte – wie bisher vorgesehen – die Personalkosten wie andere Kosten auch in die Berechnungen einbezieht, dann nivelliert sie die geltenden unterschiedlichen Regelungen durch die Hintertür. Das können wir nicht hinnehmen.

Beim Thema Energieversorgung setzt ver.di auf einen Energiemix.

Ott | Wir brauchen den Energiemix, um die Energieversorgung zu sichern. Energiemix heißt Kohle, Gas und erheblich ansteigende Anteile der erneuerbaren Energien, wie Geothermie, Wind- und Sonnenenergie. Angesichts der CO₂-Problematik und deren Folgen für unser Klima müssen wir zudem das Thema Energieeffizienz noch größer schreiben als bisher. Doch auch wenn wir sparsamer mit der Energie umgehen, auch wenn wir deutlich mehr erneuerbare Energien nutzen, wir werden ohne die anderen Energiequellen nicht auskommen. Deshalb aber ist es notwendig, dass diese Kraftwerke mit modernster Technik ausgestattet sind.

Was erwartet ver.di von der Politik?

Ott | Das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesregierung müssen bei der Verordnung zur Anreizregulierung einen sanften Pfad einschlagen. Was die Anreizregulierung betrifft, so braucht es eine Erprobungsphase. Es muss von vornherein einkalkuliert werden, dass nach einem bestimmten Zeitraum nachgebessert wird. Und: Wir erwarten Sorgfalt vor Schnelligkeit. Die Energiewirtschaft und die Energieversorgung dürfen nicht zum großen Experimentierfeld werden.

Es kann zudem nicht länger sein, dass die Stadtwerke nach den jeweiligen Gemeindeordnungen nur regional begrenzt agieren dürfen, die Unternehmen aber überall tätig sein dürfen. Derzeit liegen die Stadtwerke in Fesseln, während ihre Konkurrenten aus der Wirtschaft frei agieren können.

FRAGEN VON JANA BENDER

ANREIZREGULIERUNG

Verträglich gestalten

Nach dem Energiewirtschaftsgesetz sollen ab 2008 die derzeitigen Netzentgeltgenehmigungen durch die sogenannte Anreizregulierung ersetzt werden: Alles in allem müssten danach die Kosten für Netzerhalt und Netzausbau in den nächsten acht Jahren um bis zur Hälfte fallen. Dadurch werden die Unternehmenserträge deutlich sinken. Die Existenz zahlreicher Energieversorger ist gefährdet, vorwiegend kommunaler Stadtwerke.

EMISSIONSHANDEL

Ältere Anlagen durch moderne ersetzen

Im Streit um den zweiten Allokationsplan ist zwischen der Europäischen Union und der Bundesregierung keine Einigung in Sicht. In diesem Streit unterstützt ver.di die Argumentation der Bundesregierung.

Im Rahmen des zweiten Allokationsplans senkt die Bundesregierung die Emissionsobergrenze von 499 auf 471 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Damit ist das Reduktionsziel um fünf Mal höher als in der ersten Periode. Damals lag das Reduktionsziel bei drei Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Für Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ist der zweite nationale Allokationsplan Deutschlands deshalb „weitaus anspruchsvoller und ehrgeiziger“ als das, was unter der rot-grünen Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode vorgegeben wurde.

Die EU-Kommission bescheinigt der Bundesregierung „zwar ehrliche Bemühungen“ um eine Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen. Deutschland sei aber derzeit nicht Vorreiter im Klimaschutz. Andere Länder wie Groß-

britannien und Schweden seien weiter. Die Bundesregierung wiederum verweist auf das Erreichte und betont, Deutschland erbringe bereits heute allein 75 Prozent der in der EU insgesamt zwischen 2008 und 2012 zu leistenden Senkung der Treibhausgase.

Die EU-Kommission hat für den zweiten Allokationsplan die Vorgaben zur Minderung von Kohlendioxid gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung deutlich verschärft. Zudem will die Kommission es nicht zulassen, dass die Regeln der Ausstattung mit CO₂-Zertifikaten von Neu- und Ersatzanlagen von bis zu 14 Jahren fortgeschrieben werden.

Nach ver.dis Einschätzung optimiert der zweite Allokationsplan die Regelungen des derzeit gültigen Zuteilungsgesetzes 2007 – besonders im Hinblick auf die Gestaltung einer nachhaltigen Energiewirtschaft. Nach dem Entwurf der Bundesregierung können moderne und emissionsmindernde Kohle- und Gaskraftwerke weiterhin gebaut werden; die besonders Klima schonende

Kraft-Wärme-Kopplung wird zudem fair behandelt.

„Wir machen uns für den Klimaschutz stark“, betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied Erhard Ott. Deshalb habe ver.di auch die Einführung des Emissionshandels als ein Instrument zur Reduzierung der klimaschädlichen Kohlendioxid-Gase konstruktiv begleitet. Mit dem bisherigen Verfahren sei auch das Ziel des Emissionshandels erreicht worden – nämlich dass neue Kraftwerke gebaut und in neue Technologien investiert wurden, um so die CO₂-Emissionen weiter zu senken. „Die bisher geplanten Kraftwerksneubauten in Deutschland tragen dazu bei, dass die CO₂-Emissionen um bis zu acht Prozent vermindert werden“, sagte Ott.

Dass die EU nun die Fortschreibung der Regelung zur Ausstattung von Neu- und Ersatzanlagen mit CO₂-Zertifikaten verweigert, ist für ver.di unverständlich: „Im Ergebnis werden ältere Kraftwerke länger am Netz bleiben. Die Strompreise wie die CO₂-Emissionen werden steigen“, ist sich Ott sicher.

Für ver.di muss es darum gehen, den Energiestandort Deutschland als stromproduzierendes Land zu erhalten. Nötig sei auch, dass immer die modernsten Erzeugungstechnologien eingesetzt werden.

Zu einer Politik des Klimaschutzes gehöre eine weitere Verminderung der Emissionsrechte. Bei einer angemessenen Verringerung dieser Rechte würden Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Neu-Investitionen in Kraftwerke und Netze zum Klimaschutz beitragen können. Die Unternehmen bräuchten aber auch kalkulierbare Rahmenbedingungen für Investitionen in modernste und umweltfreundliche Anlagen. Die Zuteilungsregelungen müssen mit den Zeiträumen korrespondieren, in denen sich die Investitionen rechnen. „Es nützt niemandem, wenn in Deutschland keine Energie mehr produziert und stattdessen der Strom aus Ländern importiert wird, deren Anlagen weit weniger umweltfreundlich und weniger sicher sind“, sagte Ott.

IMPRESSUM

Der ver.di-Report
Ver- und Entsorgung
Extra · Februar 2007



Herausgeber:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di),
Fachbereich Ver- und Entsorgung,
Paula-Thiede-Ufer 10,
10179 Berlin, v. i. S. d. P.: Frank
Birske, Erhard Ott

Redaktion:

Jana Bender, Sven Bergelin,
Internet: www.verdi.de

Fotos:

Kay Herschelmann

Herstellung+Druck:

apm AG Darmstadt,
Kleyerstraße 3,
64295 Darmstadt

Layout:

apm AG (Sabrina Stamm)



Die Anreizregulierung, wie sie derzeit geplant ist, zerstört Arbeitsplätze. Das machten die Beschäftigten der Energiewirtschaft bei der ver.di-Kundgebung in Berlin unmissverständlich deutlich.

Was ver.di will

ver.di setzt sich dafür ein, dass die Energieversorgung in Deutschland weiterentwickelt wird, um den Anforderungen an ein effizientes, umwelt- und klimaverträgliches und versorgungssicheres Energiesystem zu entsprechen. Dazu gehört die Weiterentwicklung des bestehenden Energiemix und die Steigerung der Energieeffizienz. In den ver.di-Leitsätzen wurden folgende Eckpunkte formuliert:

- Ausrichtung der Energiepolitik auf die Ziele Effizienz, Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Beschäftigung
- Erhalt und Modernisierung des deutschen Kohlekraftwerksparks mit modernster und effizientester Technologie zur Senkung der Treibhausgasemissionen, wenn immer möglich, in klimafreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung;
- weitere Förderung der Markteinführung der erneuerbaren Energien mit ehrgeiziger Zielsetzung (Erhöhung des Anteils am Stromverbrauch auf mindestens 20 Prozent bis 2020)
- Ausbau der Netzinfrastruktur für Strom und Gas und zügige Anpassung an die Anforderungen durch den veränderten Energiemix (Ausbau der Kapazitäten zum ungehinderten Anschluss neuer fossiler und erneuerbarer Kraftwerksprojekte)
- zusätzliche Förderprogramme zur Ausschöpfung der Energiesparpotenziale bei allen Nutzergruppen
- Einhaltung des Kyoto-Protokolls und Setzung darüber hinausgehender ehrgeiziger Klimaschutzziele nach 2012 in Deutschland, der EU und weltweit, auch durch Einbeziehung aller Emittentengruppen in den Emissionshandel.

Weil es um die Arbeitsplätze geht

25 000 Beschäftigte aus Energieunternehmen und Stadtwerken lenken den Blick auf die Auswirkungen der Energiepolitik

„Es geht um unsere Arbeitsplätze.“ Deshalb ist Wilfried Müller aus dem Weser-Ems-Kreis am 7. Februar um 3 Uhr in der Frühe in den Bus zur ver.di-Kundgebung nach Berlin gestiegen. Elisabeth Dierker und Christiane Pohlmann aus Bremen sehen es genauso: Auch sie fürchten, dass die Politik mit ihren Plänen letztendlich nur eines bewirkt – den Verlust von Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft. Bereits jetzt spüren die Beschäftigten, dass Energieunternehmen und Stadtwerke am Personal sparen. Was wird erst sein, wenn die Anreizregulierung so umgesetzt wird, wie vom Bundeswirtschaftsministerium geplant?

Angst um die Arbeitsplätze, um die sozialen Errungenschaften, die Betriebsrenten – das treibt die Kolleginnen und Kollegen auf der Kundgebung um. Mit 20 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatte ver.di gerechnet. Weit mehr – nämlich 25 000 – sind es geworden. Aus Ostfriesland wie aus

Bayern, aus dem Saarland und aus Brandenburg. Beschäftigte der großen Energieversorger kamen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke, auch Kolleginnen und Kollegen, die in Kernkraftwerken arbeiten. Mit Bussen, mit Sonderzügen, mit dem Auto. Mit Plakaten, Trillerpfeifen und ver.di-Mützen hatten sie sich auf den Weg zur Demonstration gemacht, damit die Pläne zur Anreizregulierung sowie zur Entflechtung von Stromerzeugung und Netzen nicht Wirklichkeit werden.

„Wir sind hergekommen, um der Öffentlichkeit und der Politik zu zeigen, dass in der Energiewirtschaft Menschen arbeiten, dass Entscheidungen anstehen, die die Beschäftigten betreffen“, sagt Dietrich Herd, Sprecher des Arbeitskreises der Betriebsräte der EnBW. Viele der Kolleginnen und Kollegen hätten den Eindruck, die Politik habe nur die wirtschaftlichen Ergebnisse im Blick, nicht, dass es um Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen geht. Auch Barba-

ra Neumann, Betriebsrätin der Stadtwerke Kiel, will vor allem zeigen, dass viel auf dem Spiel steht: Wenn die Anreizregulierung so umgesetzt wird, wie derzeit geplant und die EU-Vorstellungen zur Entflechtung Wirklichkeit werden, „dann sterben die Stadtwerke“.

Zeche zahlen die Beschäftigten

Kein Wunder, dass während der Kundgebung besonders jene Passagen in den Reden mit heftigem Beifall und zustimmenden Pfiffen unterstützt werden, die Arbeitsplätze und Zukunft der Stadtwerke thematisieren. Zum Beispiel, wenn ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zeigt, dass die Netze, die die Stadtwerke abgeben müssten, im Grunde nur von Kapitalfonds gekauft werden können, Kapitalfonds wiederum in der Regel nur ihre Renditen im Blick haben. Für die kommunale Querverbundfinanzierung würde die Entflechtung der Netze das Aus bedeuten. Und

viele Arbeitsplätze wären gefährdet. Lautstarke Zustimmung ist auch zu hören, wenn es um den Energiestandort Deutschland geht. Denn den Beschäftigten der Energiewirtschaft ist es vollkommen unverständlich, wenn sichere deutsche Anlagen abgeschaltet, dafür aber Energie aus Nachbarländern eingekauft werden soll, deren Anlagen weniger sicher sind und die Umwelt stärker belasten. „Im Zweifelsfall ist die Stromproduktion in deutschen Kraftwerken mit hohem Umwelt- und Sicherheitsstandards der bessere Weg“, sagt Bsirske und spricht den Beschäftigten der Energiewirtschaft aus der Seele.

Oder wenn Bsirske auf die Gewinne der Energieunternehmen eingeht. Nein, es passt einfach nicht zusammen, wenn die Bundesnetzagentur die beantragten Netzentgelte zusammenkürzt – und wenige Tage später verkünden sie satte Gewinne. Da ist noch

Luft, müssen Netzentgelte und Verbraucher annehmen. Die Zeche zahlen die Beschäftigten, an ihnen werden die Betriebe sparen. Denn die Aktionäre werden auf ihren Gewinn nicht verzichten – auch nicht die kommunalen Anteilseigner.

Sensibilisieren, den Politikern im Bund und in den Ländern die Auswirkungen vor Augen führen. Das steht auch in den kommenden Wochen auf dem Programm der Betriebsräte aus den Stadtwerken und Energieversorgungsunternehmen, der Gewerkschaftsvertreter und Vertreter der Städte. Dazu beitragen, dass die Politik korrigiert wird und die Weichen richtig gestellt werden. Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadtwerke zur Disposition stehen, erinnert sich Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder. Damals konnte es verhindert werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen alles daran setzen, dass es diesmal auch gelingt.

JANA BENDER



Anlass zu tiefer Sorge

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske: Energiestandort Deutschland stärken



ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske

Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, hat heftigen Widerstand gegen die Pläne der EU und des Bundeswirtschaftsministeriums zur Energiewirtschaft angekündigt.

„Wer glaubt, die Ergebnisse der Regulierung einfach mal eben auf dem Rücken der Beschäftigten abladen zu können, wird auf unseren Widerstand treffen“, betonte Bsirske vor den 25 000 Beschäftigten der Energiewirtschaft, die am 7. Februar zur ver.di-Kundgebung nach Berlin gekommen waren.

Nach Bsirskes Worten geben nicht nur die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums zur sogenannten Anreizregulierung „Anlass zu tiefer Sorge“. Auch die Initiativen zur Entflechtung der Stromunternehmen und die Ausgestaltung des Handels mit Verschmutzungsrechten seien äußerst bedenklich. Stets werde massiv in die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen in der deutschen Energiewirtschaft eingegriffen.

Bsirske betonte, ver.di habe die Regulierung der Netzdurchleitung und

der Netzentgelte stets befürwortet. Allerdings müsse die Regulierung auch die Qualität der Versorgung und guten Service im Blick haben, nicht nur niedrigere Kosten. Doch genau das sei der Fall: „Die Unternehmen sollen nur einen Anreiz bekommen – nämlich Kosten runter, koste es, was es wolle.“ Dabei fielen die Förderung der erneuerbaren Energien, Investitionen in die Versorgungssicherheit und auch soziale Kriterien schlicht unter den Tisch. Mehr noch: Auch Kosten, die durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen bedingt sind, sollen den Plänen zufolge reguliert werden können. „Das ist ein Verstoß gegen die Tarifauto-

nomie“, sagte der ver.di-Chef. Zudem will sich die Regulierungsbehörde immer am Branchenbesten orientieren und nicht am Durchschnitt der Unternehmen. Das aber hat nach Bsirskes Worten einen Verdrängungswettbewerb zur Folge. Und er prophezeit: „Vor allem kleinere Stadtwerke werden auf der Strecke bleiben.“ Das aber wiederum habe Auswirkungen auf die Kommunen.

Denn sie finanzierten einen Großteil ihrer Daseinsvorsorge wie Kitas, Bäder oder auch der Busse und Bahnen über Einnahmen aus den Stadtwerken. Wenn aus den Stadtwerken kein Geld zur Quersubventionierung mehr fließe, hätten die Bürgerinnen und Bürger das Nachsehen, die auf die Angebote der Städte angewiesen seien.

Die Brüsseler Pläne zur eigentumsrechtlichen Entflechtung von Stromerzeugung und Verteilung bezeichnete Bsirske als „paradox“. Die letzte Neuerung, die gesellschaftliche Entflechtung, sei noch nicht in Kraft, keiner wisse, ob sie funktioniert – da werde schon über den nächsten Riesenschritt gebrütet, nämlich die eigentumsrechtliche Entflechtung. Und Bsirske stellt klar: „Ein Verbot von vertikal integrierten Energieunternehmen würde der großen Mehrzahl der Stadtwerke die Existenzgrundlage nehmen.“ Und wer würde die Netze kaufen? Eigentlich hätten nur Kapitalfonds das nötige Geld. Solche Fonds seien weder an Arbeitsplätzen noch an Investitionen interessiert, sondern ausschließlich an guten Renditen.

Dass sich ver.di für Klimaschutz und eine Verminderung der CO₂-Emissionen stark macht, steht für Bsirske außer Frage. Bei der Verminderung von Kohlendioxid müsse es aber darum gehen, Anreize zu schaffen, damit die Kraftwerke erneuert werden, also um die notwendige Sicherheit für Investitionen. Der zweite Allokationsplan, den die EU gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung drastisch verschärft hat, habe zur Folge, dass ältere Kraftwerke länger am Netz blieben. Auch der Umwelt und dem Klima zuliebe ist nach Bsirskes Worten die Produktion von Strom in deutschen Kraftwerken mit hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards besser als Importe aus Nachbarländern, wo Strom in alten Kohle- und Kernkraftwerken erzeugt werde.

Deutlich wurde Bsirske mit Blick auf die Renditen der Energieversorger: Es passe nicht zusammen, dass die Energiekonzerne an einem Tag lautstark aufstöhnen, wenn die Bundesnetzagentur beantragte Netzentgelte drastisch zusammenkürzt. Einen Tag später aber verkündeten die Firmen satte Ergebnissprünge und hohe Divi-

ENERGIEPOLITIK

Kommunen drohen Milliardenverluste

Das Ausbluten der Stadtwerke hat die Konsequenz, dass der kommunale Querverbund gleichsam „auf kaltem Wege“ ausgehebelt wird. Wenn die Gewinne der Energie-Stadtwerke herunterreguliert werden oder gänzlich ausbleiben, ist ein steuerneutraler Ausgleich der Kommunalfinanzen nicht mehr möglich.

Dies bedeutet für die Kommunen Mindereinnahmen von mehr als 1,5 Milliarden Euro jährlich. Zahlreiche kommunale Dienste wie ein funktionierender ÖPNV und andere kommunale Einrichtungen sind akut gefährdet – und damit auch die dortigen Arbeitsplätze. Deshalb demonstrieren die Beschäftigten der kommunalen Verkehrs-, Bäder- und anderer Dienstleistungsbetriebe mit uns.

dendenausschüttungen. „Das ist eine Einladung an die Regulierer in der nächsten Runde noch einmal kräftig nachzulegen.“ Die Zeche zahlten dabei die Beschäftigten, nicht die Aktionäre und Kapitalvertreter.

Vor den Teilnehmern der Kundgebung pochte Bsirske darauf, den Energiestandort Deutschland mit seinen hohen Standards an Verlässlichkeit und Sicherheit zu stärken. Dazu sei es notwendig, der heimischen Energie den Vorrang zu geben, um die Importabhängigkeit nicht noch weiter zu vergrößern.

Der ver.di-Vorsitzende dringt auf moderne, effiziente Anlagen, um Umwelt und Klima zu schonen. Zudem sollen unter anderem Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Daneben setzt Bsirske aufs Energiesparen: „Würde man alle Altbauten in Deutschland mit modernen Dämmstoffen ausstatten und mit weiteren Komponenten sanieren, könnten über 80 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.“ Dies entspreche der Hälfte der jährlichen CO₂-Emissionen des gesamten Verkehrs in Deutschland und stelle ein Drittel des deutschen Anteils an den Kyoto-Zielen dar.

(Die komplette Rede ist unter www.verdi.de nachzulesen).



Beschäftigte der Energiewirtschaft sehen ihre Arbeitsplätze in Gefahr.

GERHARD WIDDER

Regulierung überzogen

„Ein funktionierender Wettbewerb braucht die Stadtwerke als Wettbewerber, und die Stadtwerke brauchen verlässliche Grundlagen für Investitionen.“ Gerhard Widder lässt keine Zweifel aufkommen: Er ist strikt gegen die Regulierungspläne des Wirtschaftsministeriums. Denn diese Regulierung ist überzogen, gefährdet die wirtschaftliche Basis der Stadtwerke und damit auch Arbeitsplätze und Investitionen. In den vergangenen Jahren seien bereits viele Arbeitsplätze in der kommunalen Energiewirtschaft abgebaut worden. Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Unternehmen Beschäftigte betriebsbedingt kündigen müssten.

Widder verweist zudem auf die Einnahmen, die die Städte aus den Energieunternehmen erzielen. Mit diesem Geld finanzieren die Kommunen viele Aufgaben der Daseinsvorsorge – Theater zum Beispiel oder den öffentlichen Nahverkehr. Finanzielle Einbußen als Folge einer überzogenen Regulierung betreffen alle Bürger einer Stadt. „Die deutsche Kommunalfinanzierung stützt sich auf die Erträge der Stadtwerke. Ohne sie wäre der ÖPNV in der bisherigen Form nicht aufrechtzuerhalten.“

Gerhard Widder ist Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU).

JOHANNES SLAWIG

Nicht mehr bezahlbar

Massive Einschnitte in die kommunale Daseinsvorsorge sagt Johannes Slawig für den Fall voraus, dass die Anreizregulierung wie geplant umgesetzt wird. Beispiel Wuppertal: Jahr um Jahr fließen Erlöse der Stadtwerke in den öffentlichen Nahverkehr der Stadt. Werden die Nutzungsentgelte drastisch gesenkt, fehlt das Geld für den ÖPNV. Die Folge: Einschnitte beim Angebot von Bussen und Bahnen sowie gleichzeitig deutlich höhere Preise oder massive Einsparungen in anderen Teilen des Haushaltes. Für Slawig müssen die Stadtwerke weitere Anstrengungen unternehmen, ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern: „Die Anreizregulierung muss aber so ausgestaltet sein, dass auch die Stadtwerke eine Überlebenschance haben und dass Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge noch bezahlt werden können.“

Johannes Slawig ist Kämmerer und stellvertretender Oberbürgermeister in Wuppertal.

RAINER JANSSEN

Falsche Weichen

In der deutschen Energiewirtschaft bahnt sich laut Rainer Janssen eine Entwicklung an, die zulasten der Versorgungssicherheit und der Beschäftigung geht. „Weniger Erlöse bedeuten immer weniger Investitionen, weniger Personal und weniger Qualität“, stellt er fest. Um die hohen Einnahmeverluste zu kompensieren, sehen viele Energieunternehmen nur einen Weg: runter mit den Investitionen, runter mit der Beschäftigtenzahl. Der Kostendruck ist nach Janssens Worten bereits heute deutlich zu spüren. Er appelliert an die Politik, die Verordnung zur Anreizregulierung ausgewogen zu gestalten. „Falsch gestellte Weichen werden schlimme Folgen haben. Absolute Priorität muss eine Politik haben, die dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen dient und die Versorgungssicherheit langfristig auf einem hohen Niveau hält.“

Rainer Janssen ist Betriebsrat der EWE AG in Oldenburg.

KLAUS WEFELMEIER

Billig-Politik

Die Beschäftigten der Energiewirtschaft wollen laut Klaus Wefelmeier nicht nur die Versorgung, sondern auch deren Qualität sichern. „Mit Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen, die die Beschäftigten nicht als lästige Kostenfaktoren sehen, die Investitionen in Netze und Kraftwerke gefährden und die kommunale Familie weiter trennen und ärmer machen – damit werden diese Ziele nicht erreicht.“ Er ist sich sicher: „Weniger Wettbewerb, weniger Umweltschutz und weniger kommunale Dienstleistungen wird der Erfolg der Billig-Politik sein.“ Wefelmeier kündigte weitere Aktionen an, mit denen die Beschäftigten sich für ihre Arbeitsplätze einsetzen: „Wir sind aktionsfähig. Mit uns muss die Politik rechnen, heute in Berlin am 8. März in Düsseldorf“, sagte er unter großem Beifall. Klaus Wefelmeier ist Vorsitzender des Bundesfachbereichs Ver- und Entsorgung und der Bundesfachgruppe Energiewirtschaft.

PETER ARNOLD

Tarifautonomie

Nicht nur die Automobilbauer sind eine wichtige Branche. Auch die Energieversorger und Stadtwerke sind für den Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Deshalb müssen sich auch Politiker bei der EU für deutsche Interessen in der Energieversorgung stark machen – so wie sie es für die Automobilindustrie tun, meint Peter Arnold. Er forderte von der Politik Planungssicherheit für die Energieversorgungsunternehmen. „Hört auf mit dem Märchen, Regulierung in der Energiewirtschaft brächte volkswirtschaftliche Vorteile und positive Markteffekte.“ Denn Arnold kann nur Nachteile erkennen: Die kommunale Infrastruktur ist ohne die Quersubventionierungen nicht mehr bezahlbar – die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger; die Aufträge der Energieunternehmen an das regionale Handwerk und den Dienstleistungssektor gehen drastisch zurück – was sich auf Arbeitsplätze auswirken wird. Eine Deckelung der Lohnzusatzkosten ist nicht nur ein Angriff auf die Tarifautonomie. Tarifflicht und der Verlust sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wird für Arnold die Konsequenz dieser Politik sein: „Wir sind willens und in der Lage, für den Erhalt unserer Arbeitsplätze und der Daseinsvorsorge zu kämpfen.“

Peter Arnold ist Betriebsratsvorsitzender der MAINOVA AG in Frankfurt am Main